



Merkblatt „kundenseitig beigestelltes Material“

VORBEMERKUNG

In der betrieblichen Praxis von E-Handwerksbetrieben möchte der Auftraggeber in manchen Fällen die Materialbeschaffung selbst übernehmen und für die Durchführung des Werkauftrages „beistellen“.

Betroffene E-Handwerksbetriebe (nachstehend Auftragnehmer genannt) sollten sich bewusst sein, dass bei Annahme/Ausführung von Aufträgen mit beigestelltem Material gewisse Risiken bestehen, z.B.:

- Zeigt sich an der Werkleistung ein Mangel, entstehen schwierige Abgrenzungsfragen, z.B.
 - War das Produkt mangelhaft oder die Montageleistung?
 - Musste ggf. die Mangelhaftigkeit des Materials erkannt werden?
 - Wer ist zur Mangelgewährleistung verpflichtet (E-Handwerker oder Materiallieferant des Auftraggebers)?
- Auch im Falle beigestellten Materials bestehen Prüfpflichten. Neben erkennbaren Fehlern muss der E-Handwerker ggf. auch auf die funktionelle Untauglichkeit des beigestellten Materials hinweisen.
- Das E-Handwerksunternehmen verliert Wertschöpfung durch Planung, Auswahl des Materials, Materiallogistik, etc. und wird auf die reine Lohnarbeit des Einbaus beschränkt. Dies muss auch kalkulatorisch abgebildet werden.

Der ZVEH empfiehlt den E-Handwerksbetrieben daher, die Annahme von Aufträgen unter Materialbeistellung sorgfältig zu prüfen.

Sofern E-Handwerksbetriebe sich zur Annahme solcher Aufträge entscheiden, sollten die nachfolgend aufgeführten Punkte beim Umgang mit beigestelltem Material zwingend beachtet werden:

VERTRAGSSCHLUSS

Wird bei Vertragsschluss (oder im Rahmen einer Vertragsänderung) vereinbart, dass Material ganz oder teilweise nicht durch den Auftragnehmer geliefert wird (beigestelltes

Material), ist der E-Handwerksbetrieb an diesen Vertrag gebunden. Er sollte sich also schon vorher darüber im Klaren sein, dass er bereit ist, beigestelltes Material zu verbauen. Wichtig ist in diesen Fällen eine Absicherung, so dass durch die Beistellung möglichst geringe Nachteile entstehen.

Für die vertragliche Vereinbarung kann der Auftragnehmer die beigelegte Zusatzvereinbarung nutzen, die vervollständigt auf Briefpapier des E-Handwerksbetriebs ausgestellt und vom Auftraggeber unterzeichnet werden sollte.

Vorsicht: Es handelt sich um AGB, deshalb besteht insbesondere bei Verträgen mit nichtgewerblichen Kunden (Verbrauchern) eine erhöhte Gefahr, dass die Vertragsergänzung vor Gericht als unwirksam angesehen werden könnte. Dies ist gerichtlich bislang nicht entschieden. Über diese Klausel hinausgehende Haftungsausschlüsse sollten vermieden werden, da diese in AGB nahezu immer zur Unwirksamkeit führen werden.

STUNDENVERRECHNUNGSSATZ

Der Stundenverrechnungssatz für Arbeiten mit beigestelltem Material kann vom normalen Stundenverrechnungssatz abweichen, weil eine andere Kalkulation zugrunde gelegt werden muss. Im Angebot kann zur Offenlegung ausdrücklich die Ausweisung als „Stundenverrechnungssatz für Arbeiten mit beigestelltem Material“ erfolgen. Wenn zum Zeitpunkt der Angebotserstellung noch gar nicht von Beistellung die Rede war, sollte ein entsprechender Stundensatz nur von solchen E-Handwerksbetrieben aufgeführt werden, die grundsätzlich bereit sind, mit beigestelltem Material zu arbeiten.

MATERIALAUSWAHL VOR VERTRAGSSCHLUSS

Es ist empfehlenswert, vor Vertragsschluss das beigelegte Material genau zu erfassen (Hersteller- und Typenbezeichnung) und - beispielsweise anhand der Datenblätter - zu prüfen, ob es für die geplante Nutzung einsetzbar ist.

Rechtlich und finanziell ist es deutlich risikoärmer, vor Vertragsschluss über die Tauglichkeit des Materials zu streiten. Solange besteht nämlich die Möglichkeit, bei erheblichen Zweifeln auf den Vertrag zu verzichten. Im Nachgang müsste möglicherweise ein Sachverständiger und/oder ein Gericht bemüht werden.

PRÜFEN DES MATERIALS

Das Material muss vom Auftragnehmer vor dem Einbau auf technische Eignung und erkennbare Mängel geprüft werden. Offensichtliche Mängel oder voraussehbare Probleme müssen im Rahmen einer Bedenkenanzeige gegenüber dem Auftraggeber deutlich gemacht werden. Hierbei sind die Zweifel an der Eignung des Materials so zu begründen, dass der Auftraggeber in der Lage ist, diese nachzuvollziehen.

In Fällen, bei denen der Auftragnehmer bereits das entsprechende Produkt angeboten hat und der Auftraggeber dieses jetzt selbst beistellen will, werden grundsätzliche

Bedenken gegen dieses Material nur schwierig zu argumentieren sein, solange auch die Art des Einbaus unverändert ist. Ansonsten könnte nämlich bereits zu dem Zeitpunkt, an dem der Auftragnehmer das entsprechende Produkt dem Auftraggeber angeboten hat, ein Beratungsfehler gesehen werden. Grundsätzlich sollte jedoch der Auftragnehmer auch bei diesem Material vor dem Einbau seiner Prüf- und Hinweispflicht nachkommen.

Notwendig ist in der Regel die Prüfung auf CE-Kennzeichnung, sinnvoll sind darüber hinaus weitere Sicherheitszeichen (GS, VDE). Sofern der Auftraggeber Material liefert, für welches eine notwendige Registrierung nach Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) nicht vorliegt, sollte das Material unbedingt zurückgewiesen werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass der Auftragnehmer als derjenige angesehen wird, der diese Ware in Deutschland in Verkehr gebracht hat und in letzter Konsequenz ein Bußgeld für die fehlende Registrierung zu befürchten hat.

Soweit bereits im Vertrag eine genaue Typenbezeichnung angegeben ist, darf abweichendes Material mit Verweis auf den Vertrag abgelehnt werden. Ein entsprechender Austausch wäre eine Vertragsänderung, welcher der Fachbetrieb erst zustimmen müsste.

GEWÄHRLEISTUNG FÜR DIE WERKLEISTUNG

Ob eine verschuldensunabhängige Haftung auf Mängelgewährleistung für die durch den Auftragnehmer erbrachte Werkleistung bei kundenseitig beigestelltem Material besteht, kann pauschal nicht beantwortet werden. Es kommt auf den Einzelfall an. In diesem Zusammenhang sind die vertragliche Grundlage (VOB/B-/BGB-Werkvertrag), die Ausgestaltung und die Beweisführung aus Sicht des Auftragnehmers von besonderer Bedeutung.

VOB/B-Vertrag

Handelt es sich bei dem Auftraggeber um einen Unternehmer und wird der Auftragnehmer auf Basis eines VOB/B-Vertrages tätig, ist § 13 Abs. 3 VOB/B zu beachten. Dieser beinhaltet unter anderem den haftungsbefreienden Tatbestand zugunsten des Auftragnehmers für durch den Auftraggeber bereit gestelltes Material. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass nicht allein das kundenseitige Beistellen von Material bereits zur Haftungsbefreiung führt. Vielmehr kommt es darauf an, dass der Auftragnehmer seinen Prüf- und Hinweispflichten nachkommt und offensichtliche/erkennbare Mängel oder Probleme dem Auftraggeber in Form der Bedenkenanzeige nach § 4 Abs. 3 VOB/B nachweisbar anzeigt. Erfolgt dies nicht, kann auch weiterhin eine Haftung für beigestelltes Material bestehen.

BGB-Werkvertrags

Grundsätzlich haftet der Auftragnehmer für die von ihm erbrachte Werkleistung, unabhängig von dem kundenseitig beigestellten Material. Der Auftragnehmer schuldet nämlich die Erbringung einer mangelfreien Werkleistung. Ist zwischen den Vertragsparteien jedoch eindeutig geregelt, dass das Material durch den Auftraggeber bereitgestellt wird und ist der Auftragnehmer in der Lage, zu beweisen, dass dieser seinen Prüf- und Hinweispflichten nachgekommen und die mangelhafte Werkleistung auf

Sachmängel des kundenseitig gestellten Materials zurückzuführen ist, besteht kein Mängelgewährleistungsanspruch gegenüber dem Auftragnehmer.

ZVEH-Empfehlung: Dokumentierte Prüfung vor Einbau

Auftragnehmer, die kundenseitig gestelltes Material einbauen, sollten daher vor Einbau das Material auf offensichtliche/erkennbare Mängel prüfen, den Auftraggeber ggf. darauf hinweisen und dies nachweisbar dokumentieren. Kann der Auftragnehmer den Beweis nicht führen, dass die mangelhafte Werkleistung auf das Material zurückzuführen ist, besteht nämlich weiterhin das Risiko der Mängelgewährleistungshaftung für den Auftragnehmer.

RECHTE DES KUNDEN GGÜ. DEM VERKÄUFER DES MANGELHAFTEN MATERIALS

Stellt sich heraus, dass das vom Auftraggeber bereitgestellte Material mangelhaft ist, kann diesem ein Anspruch gegenüber seinem Verkäufer zustehen. Aufgrund der Urteile C-65/09 und C-87/09 des Europäischen Gerichtshofs vom 16. Juni 2011 haben Auftraggeber, die Verbraucher im Sinne von § 13 BGB sind, gegenüber ihrem Verkäufer den Anspruch, erforderliche Aus- und Wiedereinbaukosten ersetzt zu bekommen. Betroffene E-Handwerksbetriebe sollten daher mit Bezug auf diese Urteile versuchen, ihren Auftraggeber dazu zu bringen, dass diese die Kosten vom Materialverkäufer zahlen lassen. Handelt es sich jedoch um ein reines Unternehmergeschäft (E-Handwerker – Auftraggeber), findet die obige Rechtsprechung keine Anwendung. In diesen Fällen besteht lediglich der kundenseitige Anspruch zur Lieferung mangelfreier Produkte. Hier zeigt sich deutlich die aktuell noch vorhandene Haftungsfalle für E-Handwerksbetriebe.

Durch die Reform des Mängelgewährleistungsrechts (Inkrafttreten 1. Januar 2018) wird insbesondere diese Haftungsfalle aufgelöst.

Wichtig ist dabei: § 439 BGB unterscheidet dabei nicht, ob der Käufer „Unternehmer“ oder „Verbraucher“ im Sinne des BGB ist. Der Erstattungsanspruch des Käufers (Auftraggeber) resultiert aus § 439 Abs. 3 BGB. Besonders darauf hinzuweisen ist, dass dieser Anspruch insbesondere bei Verträgen mit Verbrauchern nicht durch vertragliche Gestaltungen ausgeschlossen bzw. eingeschränkt werden kann. Handelt es sich jedoch um einen Kaufvertrag zwischen Unternehmern, wird ein vollständiger Ausschluss ebenfalls als unwirksam anzusehen sein. Ob jedoch eine Begrenzung des Erstattungsanspruchs möglich sein wird, muss noch durch die Rechtsprechung geklärt werden. Damit hier auch durch die E-handwerkliche Verbandsorganisation die Herbeiführung einer Klärung unterstützt werden kann, bittet der ZVEH um Zuleitung von AGB, die entsprechende Klauseln enthalten.

ANSPRUCH AUF MITWIRKUNG

Der Auftraggeber ist vertraglich verpflichtet, das vereinbarte Material zur Verfügung zu stellen.

Tut er dies nicht, kann der Auftragnehmer gem. § 642 BGB Entschädigung für den Schaden verlangen, den er wegen des Verzugs erleidet (z. B. für eine vergebliche An-

fahrt zur Baustelle oder Kosten für die geplanten Mitarbeiter, die kurzfristig nicht umdisponiert werden können). Der Schaden muss konkret nachgewiesen werden.

Der Auftragnehmer kann dem Auftraggeber auch eine angemessene Frist setzen, innerhalb derer das beizustellende Material beschafft werden muss und ankündigen, dass er den Vertrag kündigt, wenn die Lieferung nicht fristgerecht erfolgt. Nach erfolglosem Fristablauf gilt der Vertrag als aufgehoben - eine ausdrückliche Kündigung ist nicht mehr erforderlich (§ 643 BGB).

MATERIALBEISTELLUNG WÄHREND EINES LAUFENDEN VERTRAGS

Will der Auftraggeber in einem laufenden Vertrag nachträglich Material beistellen, muss sich der Auftragnehmer nicht darauf einlassen.

Ein Auftraggeber kann zwar einen Werkvertrag jederzeit (teilweise) kündigen [§ 649 BGB, ab 1. Januar 2018 § 648 BGB]. Der Auftragnehmer hat dann aber nicht nur einen Anspruch auf Abrechnung der durchgeführten Vertragsbestandteile. Auch für den gekündigten Teil ist die Vergütung, abzüglich ersparter Aufwendungen, zu zahlen. Es wird widerleglich vermutet, dass dem Auftragnehmer pauschal 5 % der auf den gekündigten Vertragsteil entfallenden Restsumme gegenüber dem Auftraggeber zustehen (vgl. § 649 S. 3 BGB, ab 1. Januar 2018, § 648 S. 3 BGB). Ein größerer Betrag kann dem Auftragnehmer zustehen, wenn ihm der Schaden bspw. durch bereits beschafftes und nicht anders nutzbares Material und/oder nicht kurzfristig disponierbare Arbeitnehmer etc. entstanden ist und dies belegt werden kann.

ALLGEMEINER VERWENDUNGSHINWEIS

Diese ZVEH-Information wurde mit größter Sorgfalt erstellt. Für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen wird jedoch keine Gewähr seitens des ZVEH übernommen. Hierdurch soll den Unternehmen der E-Handwerke lediglich eine Hilfestellung zur Verfügung gestellt werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Information keine individuelle anwaltliche Beratung ersetzen kann und soll.

Stand: 01.11.2017; AN, RB, SM

Lilienthalallee 4
60487 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 247747-0
Telefax: 069 / 24774719
E-Mail: zveh@zveh.de
Internet: www.zveh.de